Nr. 146 XXVIII. Jahrgang

Freitag, 11. Juni 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 6 97, 17 1 68. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2040. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 32 mm breit, M. 1.—, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Kunstsatz 50 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 50 Pf. Preiserhöhungen laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 30 Pf.

Was nun?

Von Friedrich Weinhausen, M. d. R.

Die Ziffern der Reichstagswahl ergeben die peinliche Gewißheit, daß eine tragfähige Regierungsmehrheit auf keiner Seite sichtbar ist. Die beiden Rechtsparteien sind zwar erheblich gestärkt aus dem Wahlkampf zurückgekehrt, vermögen aber selbst dann keine Mehrheit darzustellen, wenn sich ihnen das Zentrum samt dem wiedergewählten Erzberger einmütig anschließen sollte. Auf der Linken hat nur eine Verschiebung der Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie stattgefunden. Eine sozialistische Mehrheit ergibt sich aus ihr nicht. Die Mitte, die bis dahin regiert hat, ist so stark geschwächt, daß sie im Höchstfalle nur wenige Abgeordnete über die erforderliche Mehrheit umfaßt. Selbst wenn diese Mehrheit aber auch ein Dutzend Mandate oder mehr beitrüge, müßte die alte Koalition Bedenken tragen, die Geschäfte weiterzuführen, nachdem das Volk in so deutlicher Weise bekundet hat, daß es eine mehr rechts gerichtete Regierung wünscht.

Man muß dies besonders betonen, weil sich schon Anzeichen dafür bemerkbar machen, daß man selbst bei den siegreichen Parteien in der Verlegenheit bereit wäre, eine Regierung der bisherigen Koalition weiterhin zu tolieren. Wer die Zusammenarbeit des Zentrums, der Demokraten und der Mehrheitssozialisten in der Vergangenheit genauer verfolgt hat, der weiß, wie unmöglich es ist, daß diese drei Parteien auf weit schmalerer Grundlage als vordem weiterregieren. Sie müssen aber auch außerdem von den Oppositionsparteien, die im Wahlkampf alle Mittel zur Schwächung der Regierungsparteien angewandt haben, verlangen, daß sie jetzt selbst versuchen, eine neue, bessere Regierungsmehrheit zu bilden. Die Masse der politisch ungeschulten Wähler, die auf die Gefühlspolitik der Oppositionsparteien hineingefallen sind, muß den heilsamen Anschauungsunterricht erhalten, daß das Regieren in gegenwärtiger Zeit eine schwere Kunst ist.

In ihrer Verlegenheit, eine eigene neue Regierung zu bilden, weisen die Rechtsparteien auf die Möglichkeit eines Geschäftsministeriums hin. Ein solches hat im früheren Oesterreich während kritischer Zeiten in der Tat Glänzendes über den Berg geholfen. Aber man darf nicht vergessen, daß das nur möglich war, weil das Geschäftsministerium im Notfall ohne Parlament regieren konnte. Das wäre bei uns unmöglich. Infolgedessen würde ein reines Geschäftsministerium sehr bald in sich und zwischen den starken Oppositionsparteien der äußersten Rechten und der äußersten Linken zur Unmöglichkeit werden.

Eine Koalition der Mitte von der Mehrheitssozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei einschließlich erscheint auf den ersten Blick als einziger Ausweg. Allein hier steht die Weigerung der Mehrheitssozialdemokratie entgegen, mit der Deutschen Volkspartei zusammen zu regieren. Diese Weigerung ist von hervorragenden sozialdemokratischen Führern so bestimmt ausgesprochen worden, daß man einstweilen mit ihr wie mit einer festlichen Tatsache rechnen muß. Also auch diese Kombination erscheint vorerst aussichtslos.

Parteipolitische Rechenkünstler halten ein Zusammenarbeiten der beiden sozialdemokratischen Linksparteien mit den Demokraten und dem Erzberger-Flügel des Zentrums für eine Wahrscheinlichkeit. Aber auch hier wird ein wichtiger Umstand außer acht gelassen. Die unabhängige Sozialdemokratie hat sich in der Wahlagitation so stark auf die Diktatur des Proletariats festgelegt, daß sie jetzt unmöglich mit wirklich demokratischen bürgerlichen Parteien zusammengehen kann. Dabei wäre es noch eine besondere Frage, ob die Demokraten und die Zentrumsleute ihrerseits bereit wären, mit den Unabhängigen eine gemeinsame Regierung zu bilden.

Schließlich wird noch die Möglichkeit erwogen, daß die bisherige Mehrheit zusammenbleiben und durch Hinzunahme einiger Minister aus dem Lager der Deutschen Volkspartei die Unterstützung dieser bisherigen Oppositionspartei erkaufen könnte, ohne daß die Deutsche Volkspartei als solche aktiv an der Regierungsbildung teilnehme. Aber hier wird übersehen, daß die neue Regierung doch an die Zustimmung der Mehrheit des Parlaments in Form eines Vertrauensvotums gebunden wäre. Mit dem Vertrauensvotum aber tritt jede Partei, die es erteilt, tatsächlich in die Regierung ein und übernimmt die Mitverantwortung. Es würde also auf diesem Wege wieder derselbe Zustand geschaffen, daß Mehrheitssozialdemokratie und Deutsche Volkspartei in ein und derselben Regierungskoalition wären, eine Möglichkeit, die am sozialdemokratischen Widerspruch scheitert.

Angesichts dieser zahlreichen Unmöglichkeiten tauchen bereits Stimmen auf, die eine alsbaldige Neuwahl für unabweisbar erklären. Davor muß aber aufs entschiedenste gewarnt werden. Eine baldige Neuwahl würde schwerlich mehr Klarheit schaffen. Das Volk aber will in allen Parteilagern nicht neue Wahlen, sondern beständige Verhältnisse, Ruhe und Ordnung. Das ist auch unbedingt notwendig im Hinblick auf die außenpolitische Lage Deutschlands. Die Aussprache mit den Franzosen und Engländern kann nur von Ministern geführt werden, die eine feste Stellung im deutschen Volke haben.

Die Lösung der ungeheuren Schwierigkeiten, welche die Neuwahl ergeben hat, liegt jetzt beim Reichspräsidenten. Es ist anzunehmen, daß er sich, sobald die endgültigen Wahlergebnisse vorliegen, mit den Parteiführern sowohl der bisherigen Mehrheit, wie der Oppositionsparteien auf der Linken und auf der Rechten beraten wird. Wie diese Beratungen auslaufen, läßt sich im Augenblick in keiner Weise sicher voraussagen. Nur eins steht heute schon fest: der Wahlspruch, der sich in goldenen Lettern rings an den Außenwänden des Reichstagssitzungssaales angebracht findet, „Erst das Vaterland, dann die Partei", verlangt dieses mal ganz besondere Beachtung. Parteiegoismus kann nur das Chaos heraufführen, Vaterlandsliebe kann vielleicht noch einen Ausweg ergeben, der heute noch gar nicht sichtbar ist. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit muß aber jetzt schon aus den Schwierigkeiten lernen, daß eine Reichstagswahl nach der neuen Reichsverfassung eine viel stärkere Verantwortung mit sich bringt, als jede frühere. Im neuen Deutschland ist der Reichstag nicht mehr bloß eine beratende Körperschaft der Regierung, sondern der Träger der Regierung selbst. Das ist diesmal leider von großen Massen der Wähler nicht begriffen worden. Sonst hätten die Gefühlsmomente nicht so ausschlaggebend bei der Wahl wirken können. Nun ist der Fehler gemacht, und es muß alles versucht werden, ihn nachträglich möglichst unwirksam zu machen.

Noch keine Klärung

Einmischung der Gewerkschaften?

B. Berlin, 10. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In eine innerpolitische Krise sind nunmehr auch die Gewerkschaften getreten. In einer Vorstellung an den Reichspräsident fordern sie, daß nach dem mit ihnen nach Beilegung des Generalstreiks in den Tagen des Kapp-Putsches getroffenen Abkommen die Wahl der neuen Reichsminister nur im Einverständnis mit den Gewerkschaften zu erfolgen hat.

* Berlin, 10. Juni. Hier fand eine Vorstandssitzung der Generalkommission der Gewerkschaften statt. Es wurde der Antrag angenommen, jede Stellungnahme zur politischen Lage auszusetzen, bis die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion stattgefunden hat, was am kommenden Sonntag der Fall sein wird. Aus führenden Kreisen der Gewerkschaftskommission verlautet, daß ein Eintritt der sozialdemokratischen Partei in die Regierung gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei als völlig ausgeschlossen gelten muß. Selbst wenn man das Interesse der Republik über das Parteiinteresse stellen würde, wäre ein Zusammenarbeiten mit der Rechten unmöglich, da die Führer der Deutschen Volkspartei gar nicht in der Lage wären, sich dem sozialdemokratischen Programm genügend zu nähern, ohne zu riskieren, daß ihre Anhänger ihr die Gefolgschaft verweigern. In Kreisen der Gewerkschaftskommission sieht man die Lage als sehr kritisch an und weiß noch nicht, welche Auswege möglich sein werden.

*

Die Haltung der Parteien

In der Deutschen Volkspartei besteht nach wie vor in der Frage der Regierungsbildung der Standpunkt, daß es am besten ist, eine abwartende Haltung einzunehmen. Man nimmt, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erfährt, in der Volkspartei die Haltung ein, daß die Frage, wer in Zukunft die Geschicke des deutschen Volkes lenken soll, nicht vom Prinzip der rein parlamentarischen Kombination entschieden werden solle. Man hält es für wünschenswert, wenn zur Besetzung der einzelnen Posten nach Möglichkeit geeignete tüchtige Persönlichkeiten aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben herangezogen würden. In erster Linie denkt man an die Berufung eines Diplomaten zum Minister für auswärtige Angelegenheiten, eines Militärs zum Reichswehrminister, sowie eines Wirtschaftsfachmannes zum Reichsfinanzminister. Unter den Führern der Deutschen Volkspartei selbst besteht jedenfalls, wie ausdrücklich versichert wird, durchaus keine Neigung, irgendeinen Posten in der neuen Regierung zu übernehmen. Die Frage der künftigen Koalition wird von der Deutschen Volkspartei so beurteilt, daß sie ein Verbleibender Mehrheitssozialisten in ihr zwar als außerordentlich wünschenswert betrachtet, jedoch auch anderseits eine Heranziehung der Deutschnationalen begrüßen würde.

Für die Sozialdemokraten dürfte wohl der hauptsächlichste Grund sein, eine Zusammenarbeit mit den früheren Nationalliberalen abzulehnen, da sowohl das Betriebsrätegesetz als auch das Prinzip der Sozialisierung dem Wirtschaftsprogramm, wie es bisher von der Deutschen Volkspartei vertreten worden ist, widerspricht. In der „Freiheit" sieht Rudolph Breitscheidt als einzige Möglichkeit nur noch eine Lösung auf parlamentarischer Basis, nämlich eine Regierung, gebildet aus allen bürgerlichen Parteien. Das wären die einzigen, die noch über eine tragfähige Mehrheit verfügten. Nicht deshalb muß die bürgerliche Regierung kommen, weil wir uns aus „kindischer Prinzipienreiterei" oder aus „Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl" gegen den Eintritt in die Koalition sperren, sondern weil die Politik der Rechtskoalition die reaktionären Gewalten so stark hat werden lassen, daß sie heute das Heft wieder in die Hand nehmen können.

Auch von sozialdemokratischer Seite sprach sich in einer gestern abend im Norden Berlins abgehaltenen Versammlung der Redakteur Erwin Barth für eine Koalition nach rechts aus. Vorbedingung sei natürlich, daß die Unabhängigen auf ihrem bisherigen ablehnenden Standpunkt verharrten. Wenn es sich um das Wohl des Vaterlandes handle, müßten die einzelnen Parteien Einsicht zeigen und stark und mutig genug sein, dafür eventuell Parteiopfer zu bringen. — Für eine möglichst breite Regierungskoalition sprach sich auch der zur Zeit in München weilende deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, aus. Er führte in einer Versammlung, nach einer Meldung des „Berl. Lok.-Anz.", aus, daß es ihm als wünschenswert erscheine, wenn eine Mehrheit gebildet würde, in der sowohl die Mehrheitssozialisten als auch die Deutsche Volkspartei und das Zentrum neben den Demokraten vertreten wären.

Den gleichen Gedanken vertrat der im Wahlkreis Düsseldorf-Ost gewählte Zentrumsabgeordnete, Reichspostminister Giesberts, der im „Düsseldorfer Tageblatt" schreibt, daß der Kernpunkt und die Hauptsache einer solchen Koalitionsbildung ein Regierungsprogramm bilden müsse, dessen soziale und wirtschaftliche Struktur es den Mehrheitssozialisten wie auch den Arbeitervertretern in der Zentrumspartei ermöglichen würde, die sich darauf aufbauende Politik mitzumachen. Es erscheint aber kaum denkbar, daß dieses Ziel wird erreicht werden können. Es bleibt somit nur übrig, nachdem Einigkeit darüber besteht, daß weder eine reine Rechtsregierung noch eine reine Linksregierung möglich ist, den gegenwärtigen Koalitionsparteien solange die Geschäfte der Regierung zu überlassen, bis zum Herbst durch Neuwahlen das Volk erneut Gelegenheit erhält, mit etwas ruhigeren Nerven und geklärtem Urteil aufs neue über seine politischen Geschicke zu entscheiden. — Zu diesen Ausführungen Giesberts bemerkt der „Vorwärts": „Ob sich die alte Koalition bis zum Herbst halten kann, wollen wir nicht untersuchen. Es dürfte klar sein, daß die Sozialdemokratie keine Neigung hat, weiter den Prügelknaben zu spielen für Dinge, wie sie sich in den letzten eineinhalb Jahren abgespielt haben, ohne daß die Sozialdemokraten sie verhindern konnten. Aber daß dieser Reichstag ohne Mehrheit keine lange Lebensdauer haben kann, wird jedermann einleuchten."

Ueber die Stellung der demokratischen Fraktion verlautet bisher noch nichts. Nach dem „Berl. Tagebl." hat am Mittwoch nachmittag beim preußischen Handelsminister Fischbeck eine unverbindliche Besprechung der demokratischen Minister und der zur Zeit in Berlin weilenden demokratischen Abgeordneten stattgefunden.

Vorbedingungen für Spa

☞ Paris, 10. Juni. (Eig. Drahtbericht.) „Liberté" schreibt, jedes Datum, das für den Beginn der Konferenz von Spa festgesetzt wird, sei ein Phantom, denn

erstens könne man das Datum gar nicht festsetzen, ohne die Zusammensetzung der neuen deutschen Regierung abzuwarten. Man weiß nicht, ob die gegenwärtige Regierung sich halten wird.

Zweitens ist noch nichts bestimmt über die Vorbesprechung zwischen der französischen und englischen Regierung. Vorläufig weiß man weder, wann Lloyd George und Millerand zusammenkommen werden, noch was der Gegenstand einer Besprechung zwischen den beiden Staatsmännern sein wird. Es steht aber fest, daß man nicht nach Spa gehen wird, ehe man sich nicht verständigt hat.

Drittens aber ist es durchaus notwendig, daß Italien sich in Spa wieder auf die Seite der Verbündeten stellt, damit die Entente nicht gespalten wird. Alles das erfordert eingehende Besprechungen, die sehr lange dauern werden.

⊙ Genf, 10. Juni. (Eig. Drahtbericht.) „Journal des Débats" schreibt zu der deutschen Regierungskrise: Wenn die Deutschen nach Spa keinen Vertreter einer Regierung schicken können, der sich auf die Mehrheit des Volkswillens stützt, werden die Alliierten die Frage zu prüfen haben, ob sie Vereinbarungen mit den Vertretern, hinter denen nicht das deutsche Volk steht, überhaupt schließen können. Das ist nicht eine Frage des politischen Tones, sondern der politischen Klugheit.

*

Aenderung der Beschlüsse von Hythe?

* Paris, 10. Juni. Der italienische Unterstaatssekretär Graf Sforza wird am kommenden Dienstag eine Unterredung mit Lloyd George haben, die die Konferenz von Spa zum Gegenstand hat. Bei der Unterredung wird es sich ausschließlich um die deutsche Wiedergutmachungssumme und ihre Verteilung handeln. Man erwartet, daß die italienische Regierung einen Schritt unternehmen wird, der darauf hinausgeht, die Entscheidungen von Hythe über die deutsche Wiedergutmachungssumme rückgängig zu machen.

*

Aufgaben des Völkerbundsrates

☞ Paris, 10. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Rat des Völkerbundes, der am 14. Juni in London zusammentritt, wird sich mit dem persischen Problem beschäftigen. Außerdem soll der tschechisch-polnische Konflikt und der polnisch-russische Krieg zur Sprache kommen.

*

Ausweisung aus dem besetzten Gebiet

✠ Köln, 10. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir aus Köln erfahren, ist der Vertreter der Reichsvermögensverwaltung, Landrat Bonde, der vor kurzem zum Vorsitzenden des Bezirksverbandes des Beamtenbundes gewählt wurde und eine Protestversammlung der Beamten in der Pfalz anläßlich der Verurteilung des Leutnants Kaiser von der Reichsvermögensverwaltung geleitet hat, von der hohen interalliierten Rheinlandkommission aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden.

*

Der Vertrag über die nordschleswigsche Grenze

* Flensburg, 10. Juni. Wie hier verlautet, hat sich die Reichsregierung bei der Kürze der gegebenen Frist außerstande gesehen, zu dem Vertragsentwurf über Nordschleswig bis zum 10. d. M. endgültig Stellung zu nehmen und hat deshalb beim Großen Rat in Paris um Fristverlängerung bis zum 20. d. M. gebeten.

TTA. Köln, 10. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die „Köln. Ztg." meldet aus Kopenhagen: Heute sollte, wie „Berlingske Tidende" mitteilt, in Paris der Vertrag über Schleswig durch den deutschen Geschäftsträger und den dänischen Gesandten in Paris unterzeichnet werden. Aus verschiedenen Gründen aber, namentlich auch mit Rücksicht auf die gegenwärtige ungeklärte innerpolitische Lage in Deutschland, ist es jedoch wahrscheinlich, daß Deutschland heute den Vertrag noch nicht unterzeichnen wird. — Aus Flensburg wird uns hierzu gemeldet, daß die deutsche Regierung in Paris das Ersuchen stellen werde, die Unterzeichnung bis zum 20. d. M. zu verschieben. Man erwarte, daß die Verbandsmächte diesem Ersuchen entsprechen werden.

*

Die Franzosen in Oberschlesien

Das Wolff-Bureau meldet aus Oppeln: In der Nacht zum Mittwoch versuchten vier Franzosen, eine Hochzeitsgesellschaft auf der Bolkoinsel zu stören, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Oder entstand in dem Boote zwischen den Franzosen und dem Fährmann und seinen zwei Söhnen ein Handgemenge, das durch das Gewehrfeuer von den am Ufer stehenden Franzosen verursacht wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrunken ist.

Henry Allizé, Botschafter in Berlin

Aus dem Haag wird uns geschrieben:

Die dem „Echo de Paris" aus amtlicher Quelle zugegangene Information, daß Henry Allizé, der Vorgänger des jetzigen französischen Gesandten Charles Bénoît im Haag, zum diplomatischen Vertreter Frankreichs in Berlin ernannt werden und seinen Posten nach Abschluß der Spa-Konferenz beziehen soll, erweckte in hiesigen politischen Kreisen begreifliches Interesse. Herr Allizé leistete hier während des Krieges großartige und vielseitige diplomatische Arbeit. Er stand, wie man hier sagt, auf dem „Hochsitzen". Auf die frühere Tätigkeit Allizés als französischer Geschäftsträger in München hinweisend, wird daran erinnert, daß der erfahrene Diplomat, vom Haag aus, seine Beziehungen, die aus seiner Münchner Zeit datieren, nicht unangetastet ließ. Allizé gehörte der Cambonschen Schule an und huldigte der Auffassung, daß Süddeutschland von dem „preußischen Norden" loszumachen sei. Seine Wirksamkeit bewegte sich auf dieser Linie, und in verschiedenen vom Haag aus geführten propagandistischen Unternehmungen erkannte man die Zielrichtung: Süddeutschland soll sich von Preußen absondern.

Der Kuriosität halber sei erwähnt, daß sich eine Zeitlang das Gerücht erhielt, die französische Gesandtschaft im Haag stünde in Verbindung mit zwei bayrischen Prinzessinnen. Die Art dieses „Kontaktes" näher zu beschreiben, ist überflüssig. Von Holland aus wurde die französisch-belgische Spionage intensiv betrieben; Fäden spannen sich bis nach Wien und Sofia. Allizés vorübergehende Tätigkeit in Wien läßt erkennen, daß sich der diplomatische Vertreter Frankreichs während des Krieges mit den Geschehnissen in der früheren Monarchie ständig befaßte. Zudem wimmelte es im Haag von polnischen und ungarischen Aristokraten, die in französischen Diensten standen, ohne die Beziehungen zu ihrer Heimat verloren zu haben. So kam der französische Gesandte in der holländischen Residenz — „durch den Zwang der Umstände" — in den Ruf eines hervorragenden „Kriegsmannes" auf dem ihm zugewiesenen Gebiete, die Lage des Feindes zu erforschen und wertvolles Material hierüber zu beschaffen.

Alle für propagandistische Zwecke bestimmten Darstellungen (Zerstörung der Reimser Kathedrale, „Plünderungen und barbarische Schandtaten der deutschen Soldaten", Arbeiterdeportationen in Nordfrankreich) wurden während der Tätigkeit Allizés im Haag massenhaft verbreitet. Aber auch bei der Beeinflussungsarbeit in Deutschland selbst marschierte die französische Organisation an der Spitze. Im Haag erschienen die ersten Flugschriften, in denen den deutschen Soldaten mitgeteilt wurde, Frankreich führe den Krieg nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen den deutschen Kaiser; der republikanische Franzose werde dem deutschen Republikaner die Hand zum Bunde und zur Freundschaft reichen. „Chassez l'empereur et nous serons vos amis", lautete die Ueberschrift auf einem im Jahre 1916 verbreiteten Flugblatte.

In seiner Funktion als Gesandter Frankreichs trat Allizé hervor, als die Vereinigung „Holland-Frankreich" gegründet wurde. Diese Vereinigung erhielt einen ausgesprochen propagandistischen Beigeschmack und entwickelte sich nach der Richtung des Amsterdamer „Telegraaf", nämlich deutschfeindlich bis zum Aeußersten. In wirtschaftlicher Hinsicht trat die Vereinigung für die berüchtigten Satzungen der Pariser Wirtschaftskonferenz ein, d. i. für die Boykottierung der Deutschen auf dem Weltmarkte. Holland sollte dafür gewonnen werden. Als Blatt der französischen Gesandtschaft zur Zeit Allizés galt das (heute nicht mehr bestehende) „Dagblad van Zuidholland". Darin wurde für Frankreich reine Gefühlspropaganda betrieben und hauptsächlich bestritten, daß Frankreich annektionistische Ziele verfolge. Um so größer war deshalb die Enttäuschung in den Kreisen, die den Versicherungen vollen Glauben schenkten. Der Nachfolger des Herrn Allizé hat es nicht leicht. Er ist mit der Aufgabe betraut, eine breite französische Kulturpropaganda zu entwickeln. Inzwischen änderte sich aber die Meinung der Holländer über Frankreich erfreulich.

Es sei schließlich noch erwähnt, daß Henry Allizé im Rufe eines bedeutenden Kenners des internationalen Rechtes steht, während des Krieges trat er als solcher mehrmals hervor.

Kabinettskrise in Ungarn

☞ Budapest, 10. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Konferenz der Minister beim Reichsverweser Horthy faßte die Regierung den Beschluß, ihre Demission einzureichen. Die Minister stellten eine Reihe von Bedingungen, von deren Erfüllung sie ihr weiteres Verbleiben im Amte abhängig machen.

* Budapest, 10. Juni. Zur Regierungskrise wird gemeldet: Es kann sein, daß Horthy alsbald den Grafen Albert Apponyi mit der Bildung eines Konzentrationskabinetts betrauen wird; falls dieser ablehnt, den bisherigen Minister des Aeußern, Grafen Paul Teleki oder den Grafen Stephan Bethlen.

Der Staatssekretär im Kriegsministerium erklärte nach dem „A Nap", man dürfe mit Vertrauen darauf rechnen, daß den Grausamkeiten durch Weißgardisten ein Ende bereitet und die öffentliche Sicherheit wiederhergestellt wird. Inzwischen ist der Bericht des englischen Obersten Wedgwood in London veröffentlicht worden. Er sagt: Die Macht sei vollständig in den Händen des Militärs. Die Industrie stehe völlig still. Die Ziele der ungarischen Militaristen seien eine Wiederherstellung der habsburgischen Doppelmonarchie. Einen Erfolg hält Oberst Wedgwood sehr wohl für möglich.

*

Abkehr von der weißen Garde

TTA. Köln, 10. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die „Köln. Ztg." meldet aus Wien: Die Vorgänge in Ungarn finden hier besonders lebhaftes Interesse. Nach der Sitzung der ungarischen Nationalversammlung, in der die selbst vor den Abgeordneten nicht mehr zurückschreckenden Gewaltaten der sogenannten Gyöngyös-Truppen, namentlich der Abteilung Hejjas, endlich in der Volksvertretung zur Sprache gebracht wurden, gewinnt man hier den Eindruck, daß die ungarische Regierung sich endlich aufraffen wird, um ihre Autorität gegen diese Willkürherrschaft zu verteidigen. Als Anlaß für dieses Sichaufraffen gilt der Beschluß des internationalen Gewerkschaftsbundes, Ungarn durch Sperrung der Transporte abzuschließen, sowie der Bericht des Obersten Wedgwood über die Reaktion in Ungarn.